

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1937

38 (15.2.1937)

Durlacher Tagesblatt

Durlacher Wochenblatt gegr. 1829 / Heimatblatt für die Stadt und den früheren Amtsbezirk Durlach

Winstäler Bote

für Grözingen, Berghausen, Söllingen, Wöschbach und Kleinsteinbach

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbezirk monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,86 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.

Im Falle höherer Gewalt hat der Bezahler keine Ansprüche bei verspäteter oder nichterhalten der Zeitung.

Anzeigenberechnung: Die 6 gespaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 6 Pfennig. Millimeterzeile im Textteil 18 Pfennig. 3. Zt. ist Preisliste Nr. 4 gültig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Platzwünsche und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden.

Nr. 38

Montag, den 15. Februar 1937

108. Jahrgang

Schulchnigg über Oesterreichs Innen- und Außenpolitik

Das Deutsch-österreichische Abkommen — Schach dem Bolschewismus — Oesterreichs Stellung zum Nationalsozialismus

Wien, 14. Febr. Im Haus der Bundesgesetzgebung fand am Sonntagvormittag zum dritten Male ein Generalappell der Vaterländischen Front statt, bei dem der Frontführer Bundeskanzler Dr. Schulchnigg, in einer zweistündigen Rede grundsätzliche Ausführungen zu allen innen- und außenpolitischen Fragen Oesterreichs machte. Der Bundeskanzler gab zunächst einen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Zeit, die durch den Ausbau der Handelsabmachungen nicht zuletzt mit Deutschland, zu einem gesunden Optimismus berechtigt.

Zum Abkommen vom 11. Juli mit dem Reich erklärte der Kanzler, daß dies Oesterreich mit Genugtuung erfülle. Es bedürfe keines Hinweises, daß die österreichische Regierung entschlossen sei, alles daran zu setzen, diese Beziehungen zu vertiefen. Mit großer Freude stelle überdies die österreichische Staatsführung die Uebereinstimmung mit dem Kanzler des Deutschen Reiches hinsichtlich der notwendigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit im mitteleuropäischen Raume fest.

Bei aller staatlichen Souveränität fühlten sich die Oesterreicher als gerade echte Deutsche. Zwischen Wien und Prag ebenso wie Belgrad beständen keinerlei Differenzen. Mit Frankreich und England würden freundschaftliche Beziehungen unterhalten, besonders auf kulturellem Gebiet.

In den Mittelpunkt der innerpolitischen Betrachtungen stellte Dr. Schulchnigg die Frage der Restauration sowie das Problem der Befriedung des Landes. Angesichts der verschiedenen Meinungen, die das Habsburger Problem gerade auch in letzter Zeit im Ausland erfahren habe, formulierte Dr. Schulchnigg die Haltung der österreichischen Staatsführung folgendermaßen: 1. Das Wesen und Wahren der Ehrfurcht vor den großen geschichtlichen Werten typischer österreichischer Tradition ist im Geiste der Front gelegen.

2. Die Frage der Staatsform in Oesterreich wird einzig und allein und ausschließlich vom Volk Oesterreichs entschieden, und zwar auf dem Boden der Verfassung.

3. Es wird nicht experimentiert. Die monarchistische Propaganda hat sich in den außer- und innerpolitischen Rahmen des heutigen Oesterreichs einzufügen. Das österreichische Volk im gegebenen Falle zur Entscheidung zu rufen, ist ausschließlich Sache der Führung von Staat und Front.

Diese Richtlinien lägen nicht nur im Interesse des Landes und des Volkes, sondern auch des Hauses Oesterreich.

In seinen weiteren Ausführungen wandte sich der Bundeskanzler kurz der kommunistischen Propaganda zu, die, wie er feststellte, fast ausschließlich von landfremden Elementen ins Volk hineingetragen werde, denen man aber schonungslos die Maske vom Gesicht reißen werde.

Breiten Raum widmete Dr. Schulchnigg dann der Frage der Befriedung der nationalen Opposition mit der Staatsführung. In diesem Zusammenhang erklärte der Bundeskanzler zu den Wünschen eines vereinsamten Zusammenschlusses aller nationalen Elemente, daß man auf Regierungsseite angeht, der unruhigen Zeitläufe es für ungewöhnlich halte, diesen Gebirgsengängen Raum zu geben. Allein die Tatsache, daß viele Per-

sönlichkeiten mit glanzvollen Namen, die den Vereinsvorschlagen mit unterzeichnet hätten, hohe Stellen in der Vaterländischen Front inne hätten, sei ein Beweis für die Bereitwilligkeit der Verantwortlichen zur reiflichen Ausöhnung mit dem früheren weltanschaulichen Gegner. Eine solche aber könne und dürfe nur auf dem Boden der Vaterländischen Front erfolgen, bei der besonders der Befriedung mit den Nationalsozialisten dienende Referate geschaffen werden sollten.

Auch für den österreichischen Nationalsozialisten, erklärte Dr. Schulchnigg mit Nachdruck, habe als oberster Grundsatz zu gelten: das Bekenntnis zur Realität und Selbständigkeit des öster-

reichischen Vaterlandes, die Anerkennung der Mai-Verfassung von 1934 und der Verzicht jeder politischen Tätigkeit außerhalb der Vaterländischen Front. Weitere Versuche, zur Ordnung zu rufen, würden nicht gemacht. Wer illegal sein wolle, müsse damit auch das unweigerliche Risiko der legalen Folgen auf sich nehmen.

In diesem Zusammenhang gab der Bundeskanzler Zahlenmaterial über das Ausmaß der politischen Amnestie bekannt. Danach wurden nach dem 11. Juli 16 350 Personen begnadigt. Am 1. Februar befanden sich noch 1162 Personen in Strafhaft, davon 725 Nationalsozialisten. Von diesen wiederum wurden 574 nach dem 11. Juli von den Gerichten abgeurteilt.

Deutschland muß Kolonien haben

Englisches Blatt gegen die Kriegsschuldfrage — Nichols über die deutsche Kolonialforderung

London, 14. Febr. „Sunday Chronicle“ veröffentlicht einen Aufsatz ihres Mitarbeiters Beverley Nichols über die deutsche Kolonialforderung. Die Frage der deutschen Kolonien sei die wichtigste aller internationalen Fragen und von überragender Bedeutung für den Weltfrieden.

„Wie kommt es“, so fragt Nichols, „daß jedes andere Land in der Welt mit Ausnahme Deutschlands, Kolonien besitzen darf? Wie kommt es, daß Holland ein großes Kolonialreich hat, aber nicht Deutschland? Warum dürfen Polen und die Tschechoslowakei über nationale Minderheiten regieren, nicht aber Deutschland? Wie lange wird die große deutsche Nation noch auf uns hören, wenn wir ihr sagen, daß sie nicht geeignet sei, dieselben Rechte zu haben, wie wir sie den Holländern und Portugiesen ohne weiteres zugestehen? Wir haben den Deutschen das Kolonialreich gestohlen. So hart das Wort klingen mag, es entspricht den Tatsachen. Die deutsche Kolonialverwaltung vor dem Kriege rief große Bewunderung von Männern wie Theodor Roosevelt und Cecil Rhodes hervor!

Nichols erinnert dann diejenigen Engländer, die behaupten, daß Deutschland seine Kolonien auf normalem Wege im Kriege verloren habe, daran, daß Deutschland sich nur aufgrund der 14 Punkte Wilsons auf die Friedensverhandlungen eingelassen habe. Diese Punkte, die u. a. eine unparteiische Regelung der Kolonialforderung vorsehen, seien aber in Versailles in brutaler Weise verletzt worden. Er, Nichols, sei nicht ein Freund der Deutschen, er sei aber ein Freund der Gerechtigkeit. Er weist dann im einzelnen die lügenhaften Behauptungen über die deutsche Kolonialforderung zurück. Es sei eine unverschämte Lüge, wenn man behauptet, daß Deutschland die Eingeborenen militarisieren würde, wenn man ihm die Kolonien zurückgäbe. Deutschland habe seine schwarzen Untertanen niemals militarisieren lassen. Frankreich hingegen militarisieren nicht nur seine schwarzen Untertanen, sondern es habe sogar schwarze Truppen nach Deutschland geschickt und damit eine Erbitterung zurückgelassen, die niemals ganz ausgelöscht werden könne. Marshall Foch habe sogar gepredigt, daß Frankreich im nächsten Krieg eine Million schwarzer Truppen zur Verfügung haben werde.

Auch die Behauptung, daß die Kolonien von keinem wirtschaftlichen Wert für Deutschland sein würden, sei unsinnig. Es sei eine alte Tatsache, daß der Handel immer der Flagge folge. Wenn Deutschland Kolonien besäße, dann könnte es seine eigene Währung für den Kauf von Rohstoffen verwenden. Ferner sei die Erklärung, daß Deutschland nicht geeignet sei, Kolonien zu haben, eine Beleidigung, die letzten Endes nur zum Kriege führen könnte.

Ein Mann wie Theodor Roosevelt habe einst gesagt, daß Deutschland in seinen Kolonien eine Arbeit verrichte, die für die ganze Welt von Nutzen sei. Die Entdeckungen deutscher Wissenschaftler und Chemiker seien es zum großen Teil gewesen, die die Eindämmung der Tropenkrankheiten wie Malaria und Schlafkrankheit ermöglicht haben.

Nachfolgend weist Nichols auf die Worte Lord Snowdens hin: „Es ist ganz unmöglich zu glauben, daß die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen möglich ist, solange England, Frankreich, Belgien, Portugal und Italien große Kolonialgebiete besitzen, während eine Nation wie Deutschland aller Expansionsmöglichkeiten beraubt ist.“

Zur Kolonialfrage

Hervé zur Rückgabe von Togo und Kamerun
Ein naiver Kolonialminister

Paris, 13. Febr. In der „Vistère“ setzt sich Gustave Hervé für die Rückgabe der früheren deutschen Kolonien ein. Er fragt zunächst, welches Interesse man französischerseits eigentlich daran habe, sich zu weigern, die Kolonien wiederzugeben, die

Deutschland erst ermordet und ausgehöhlt habe, nachdem im England und Frankreich bereits die besten Stücke genommen gehabt hätten. Es sei menschlich zwar verständlich, daß Frankreich und England in einem Augenblick des Zornes die deutschen Kolonien mit Beschlag belegt hätten. Jetzt aber, wo dieser Zorn verblaßt sei und eine deutsch-französische Annäherung herbeigeführt werden müsse, um einen Konflikt in Europa zu vermeiden, könne man nur fragen: Welch dumme Gier und welch dummer Stolz hindern Frankreich daran, eine kleine Geste zu machen, die den Veröhnungswillen gegenüber Deutschland zutage treten läßt? Man solle doch nicht sagen, daß eine solche Geste nichts nütze, weil „Deutschland ja etwas ganz anderes wolle“.

„Schließlich“, fährt Hervé u. a. fort, „was verliert Frankreich denn, wenn es seinen Teil von Togo und Kamerun wieder hergibt? Fehlt vielleicht dann den Franzosen an Boden unter den Füßen? Können die Franzosen ohne Kamerun nicht leben? Das französische Volk sei vernünftig genug, um zu verstehen, daß Frankreich diese Kolonien entbehren könne, und das Volk verstehe auch, daß alles versucht werden müsse, um jede Kriegsgefahr, die Europa bedrohe, zu beseitigen. Weiter seien aber Kolonialminister an der Macht, denen zwar überhaupt nichts an den Deutschland genommenen Kolonien liege, die aber nichts hergeben wollten, weil Adolf Hitler in Deutschland den Klassenkampf befechtigt habe.“

Der französische Kolonialminister Marius Moutet hat nunmehr auch gesprochen. In seinem eigenen Interesse hätte man gewünscht, er hätte es lieber sein lassen. Auf den Sesseln des französischen Kolonialministeriums scheint ein Mann geraten zu sein, der wirklich wenig Verständnis aufbringt für die Lage anderer Völker. Das beweisen seine Äußerungen, die er in einer französischen Wochenschrift über die deutschen Ansprüche auf Kolonien von sich gegeben hat. Einer der Hauptgesichtspunkte, die er ins Feld zu führen weiß, ist der, daß die tropischen Kolonien Afrikas, die wir beanspruchen, als Siedlungsgebiete gar nicht

Frankreichs schwankende Regierung

Sozialdemokratischer Parteitag in Paris. — Leon Blum spricht Vertrauensvotum für die Regierung.

Paris, 15. Febr. Der sozialdemokratische Landesparteitag trat am Sonntag im Rathaus der Pariser Vorstadt Mont Rouge zusammen. Nachmittags fand in Anwesenheit Leon Blums und aller sozialdemokratischen Regierungsmitglieder eine Vollversammlung statt, in der mehrere Redner sich in Lobreden über die Politik der Volksfrontregierung ergingen.

Ministerpräsident Leon Blum hielt eine lange Rede, in der er auch die Außenpolitik, insbesondere im Hinblick auf Spanien, berührte. Frankreich habe, so erklärte er, mit keiner Mittelmeermacht ein geheimes Abkommen geschlossen. Für die allgemeinen internationalen Probleme gebe es nur eine mögliche Lösung, nämlich die Einführung einer Ueberwachung, um den Kriegsmaterialschmuggel zu unterbinden. Sollte diese Ueberwachung sich als unwirksam herausstellen oder sollte es Vertragsverletzungen geben, dann werde Frankreich nein zu sagen wissen. Man müsse handeln aber mit Vorsicht. Wichtig aber sei vor allem, daß man wisse, Frankreich werde nichts zulassen, was gegen die Unversehrtheit seines Gebietes oder gegen seine Unterschrift gerichtet sei.

Blum verteidigte anschließend in längeren Ausführungen die Innenpolitik der Volksfrontregierung. Seine Rede fand großen Beifall.

Schließlich nahmen die Versammelten eine Entschließung an und zwar mit 4642 Stimmen gegen 702 bei 33 Enthaltungen, in der der Regierung und dem Ministerpräsidenten das Vertrauen ausgesprochen wird.

Tod und Schrecken gehen um

Die Schreckenstaten der bolschewistischen Horden in Malaga. Geistliche wurden lebendig verbrannt.

Madrid, 14. Febr. (Von Sonderberichterstatter des DNB.) Die Landstraße Malaga-Motril ist, wie berichtet wird, überfüllt durch zurückkehrende Flüchtlinge und überfüllt mit überlebenden Tierleichen, die von den flüchtenden Bolschewisten am Wege zurückgelassen wurden. Zahlreiche tote Maullesel usw. sind ein Beweis der überfüllten Flucht der bolschewistischen Horden.

Die aus den neubesetzten Küstenortschaften nach Malaga zurückkehrenden Familien bieten ein erschütterndes Elendsbild, da die Bolschewisten auf ihrem Rückzug alle Ortschaften ausplünderten.

Immer wieder werden neue Schreckenstaten bekannt. In Belleg Malaga sollen über 1500 nationale Persönlichkeiten ermordet worden sein, in Coin 400, in Malaga selbst über 8000, darunter 4 Geistliche, die lebendig verbrannt wurden. Gefangene wurden in Malaga nackt durch die Straßen getrieben und Bolschewisten haben die abgehauenen Ohren ihrer Opfer im Knopfloch getragen. Ein besonderer Beweis der Rohheit und Entmenslichkeit ist, daß in den Straßen Malagas mit Köpfen enthaupeter Fußball gespielt wurde und Frauen dazu Beifall klatschten. Es war ein tägliches Schauspiel, daß nationalgefinnte Personen erschossen und die Leichen ins Meer geworfen wurden.

